



Bild: Pixabay

Es ist das Osterfest alljährlich für den Hasen recht beschwerlich. (Wilhelm Busch)

Allzu viel Mitleid brauchen wir mit Meister Lampe aber nicht haben, denn dafür hat der Osterhase im restlichen Jahr ein recht beschauliches Leben. Unsere Leser hingegen haben sich in der Osterzeit eine Verschnaufpause verdient – und das ein oder andere Schokoladenei.

Aber nicht nur Ostern steht bald vor der Tür. Mit Vogelzwitschern und Sonnenschein kommt auch der Frühling. Also: Sonnenbrille aufsetzen, über Mittag den ersten Cappuccino im Freien genießen und die Jacke über die Schulter tragen.

Genießen Sie die vorösterliche Zeit und kommen Sie gut durch die Feiertage. Gönnen Sie sich eine kleine Pause vom turbulenten Alltag.

Wir wünschen unseren Lesern ein schönes Frühlingserwachen!

Die ID-Redaktion

Artikel in dieser Ausgabe

1. Vorstellung der PKS 2016
2. Übernahme für Beamte und Pensionäre gefordert
3. Zulassungskontingente für Studium veröffentlicht
4. Übernahme Tarifergebnis ist beschlossen
5. Noch wenige Termine „Fit for Test“
6. Zum Schluss: Redensarten

Impressum

Redaktion:
Ralf Kusterer
(V. i. S. d. P.)
E-Mail: ralf.kusterer@dpolg-bw.de

c/o DPoIG Landesgeschäftsstelle
Kernerstraße 5, 70182 Stuttgart
Telefon: 0711/ 997 947 4-0
Telefax: 0711/ 997 947 4-20
E-Mail: info@dpolg-bw.de
www.dpolg-bw.de

Fremde Abbildungen und Quellen
sind entsprechend gekennzeichnet

PKS: Baden-Württemberg steht auf (k)einem Spitzenplatz

Polizeigewerkschaft teilt euphorische Sichtweise nicht.

„Wir tun alles dafür, um den Menschen in Baden-Württemberg ein Höchstmaß an Sicherheit zu bieten. Die Anstrengungen zahlen sich aus, die Arbeit unserer Polizei hat Erfolg. In Sachen Sicherheit sind wir Spitzenreiter in Deutschland“, sagte der Stellvertretende Ministerpräsident und Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration, Thomas Strobl, bei der Vorstellung der Polizeilichen Kriminalstatistik 2016 am 16. März in Stuttgart.

Richtig: Nachdem die Straftaten ab 2012 kontinuierlich gestiegen waren, sanken sie 2016 erstmals wieder und gingen um 1,3 Prozent auf 609.133 zurück (2015: 617.365)... um damit NUR 1,3 Prozentpunkte und befinden sich nach wie vor auf einem historisch hohen Niveau. Ja, Statistikexperten geraten bei einer realistischen Betrachtung dieser Entwicklung weniger ins Schwärmen. Da wird ganz lapidar von einer „Seitwärtsbewegung auf vergleichbar hohem Niveau“ gesprochen, was sich - zugegeben - weniger gut medial vermarkten lässt.

Die Gewaltspirale setzt ihren Aufwärtstrend ungebremst fort.

Die DPoIG Baden-Württemberg warnt bereits im Vorfeld vor einer oberflächlichen Betrachtung und zu stark auf „Bürgerberuhigung“ bedachte Bewertung der Kriminalitätsentwicklung. Der DPoIG-Landesvorsitzende Ralf Kusterer: „Es ist besorgniserregend welche Entwicklungen wir in den Deliktsbereichen vorfinden, die mit der körperlichen Unversehrtheit und dem Leben zu tun haben. Im 10-Jahresvergleich haben wir in diesen Deliktsbereichen weiterhin schlechte Zahlen. Wenn man die Statistiken über diesen Zeitraum vergleicht, erreichen wir für 2016 die zweit- und dritthöchsten

Werte.“

„Bei den Straftaten verbuchen wir einen Rückgang, bei der Aufklärungsquote eine leichte Steigerung“, so der Minister weiter. Daraus jedoch auf einen überdurchschnittlich hohen Sicherheitsstandard der Bevölkerung in Baden-Württemberg zu schließen, halten wir für vorschnell.

„Die Entwicklung geht doppelt in die richtige Richtung.“
(Minister Thomas Strobl)

Die Deutsche Polizeigewerkschaft geht davon aus, dass aufgrund des fehlenden Personals und der Strukturdefizite der Polizei, sowie falscher Sicherheitsstrategien in der letzten Legislaturperiode, mehr als je zuvor Straftaten überhaupt nicht gemeldet oder entdeckt wurden. Damit wäre das sogenannte Dunkelfeld explodierend angestiegen.

Wenn in bestimmten Deliktsfeldern kaum mehr Anzeigen erstattet werden, weil der Zeitaufwand für die Geschädigten weit größer ist, als die erwarteten Erfolge einer Anzeigenerstattung, dann täuschen die Ergebnisse der Statistik. Insbesondere im Diebstahlsbereich geht die Deutsche Polizeigewerkschaft davon aus, dass das Dunkelfeld wesentlich höher ist. Geschäftsinhaber hatten auf einer Tagung im Oktober 2016 in Karlsruhe festgestellt, dass Diebstähle und Belästigungen des Verkaufspersonals eklatant zugenommen hätten. Dennoch würden diese Delikte aber kaum noch angezeigt. Viele Mitarbeiter fühlten sich gar machtlos, wenn ganze Banden junger Männer in Verkaufsgeschäfte einfallen und wenn sie geschnappt werden, wären sie mitunter nach zwanzig Minuten wieder da.

Opfer in den Mittelpunkt stellen.

Neben dem enormen Anstieg der Kriminalitätszahlen macht den Kriminalitätsexperten der mit 16.000 Mit-

glieder stärksten Polizeigewerkschaft in Baden-Württemberg der damit einhergehende Anstieg der Opfer große Sorgen und pflichtet dem Minister in einem Punkt bei: Ein Einbruch in die eigenen vier Wände traumatisiert viele Opfer und viele Einbruchopfer sind psychisch immer noch gezeichnet, wenn die aufgebrochene Tür oder das Fenster längst wieder repariert sind. Die DPoIG fordert deshalb ausdrücklich dazu auf, die Opfer in den Mittelpunkt der Betrachtungen zu stellen. Denn diese Entwicklung ist verheerend für unsere Gesellschaft. Ob dies nun Opfer von Wohnungseinbrüchen sind oder von Taten, in denen Bürgerinnen und Bürger direkt tätlich angegriffen werden: Solche Erlebnisse sitzen tief und hinterlassen oft tief traumatisierende Spuren.

„Ich warne davor mit einem nur kleinen Anstieg der Aufklärungsquote über die Realität hinwegzutäuschen.“

(Ralf Kusterer, DPoIG)

Kusterer vertritt überzeugt seine Erwartungshaltung an die Verantwortlichen der Politik: „Nicht nur die Polizeibeamten, sondern auch die Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg erwarten, dass Innenminister Strobl die Ärmel hochkrempelt und das Ruder herumreißt. Das gilt ganz besonders für die Polizeireform, die zwar alles verändert, aber kaum etwas verbessert hat.“ Es ist längst an der Zeit ist, stärker auf die polizeiliche Basis zu hören, diese personell zu stärken und Strukturen zu schaffen, die ein vernünftiges Arbeiten zulassen. Auch gehören die dafür erforderlichen Finanzmittel dringend bereit stellt. „Wer jetzt nicht konsequent handelt versündigt sich nicht nur an denen die täglich diese Suppe auslöffeln, sondern an der gesamten Bevölkerung in Baden-Württemberg“, so Kusterer. □

Übernahme des Tarifergebnisses für die Beamten in der Polizei gefordert

Deutsche Polizeigewerkschaft machte ihre Erwartungshaltung im Februar noch einmal deutlich.

Die Einigung in den Tarifverhandlungen für die Beschäftigten der Länder wurde am 17. Februar 2017 erzielt. Gleich im Anschluss machte der Landesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft überdeutlich, dass er von der baden-württembergischen Landesregierung die Übernahme des Tarifergebnisses für die Beamten in der Polizei und deren Versorgungsempfänger erwartet.

Kusterer am 19. Februar in Stuttgart: „Wir haben das verdient. Unsere Kolleginnen und Kollegen leisten nahezu Übermenschliches. Die Auftragsbücher der Polizei sind voll, das Personal ist auf dem absoluten Tiefstand. Um ein hohes Maß an Sicherheit noch gewähren zu können müssen die Beamten in der Polizei Überstunden um Überstunden bolzen. Arbeitszeiten, die weit über ein normales Maß hinausgehen und zudem schon lange



Ralf Kusterer, DPoIG-Landesvorsitzender

nicht mehr nationalen und europäischen Vorgaben entsprechen, sind an der Tagesordnung. Immer weniger Zeit zur Regeneration, Gesundheitsbelastungen und der täglich Wahnsinn bei dem schon lange Verhältnisse in baden-württembergische Städte und Gemeinden eingezogen sind, die wir alle lieber in Amerika oder sonst wo sähen. Die Polizei hat einen finanziellen Ausgleich verdient.“



Bild: Pixabay

DPoIG forderte zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des Tarifabschlusses auf die Beamten

Die gegenwärtigen Arbeitsbedingungen sind schlecht. Denn die Beschäftigten in der Polizei haben zudem die Belastung von aktuell mehr als 200 unbesetzten Stellen zu tragen. Sie machen auch die Arbeit der mehr als 1500 zusätzlich fehlenden Stellen in der Polizei, die zwar politisch bereits beschlossen sind, es aber noch fast zehn Jahre braucht, bis diese Verstärkung tatsächlich ihre Arbeit aufgenommen hat. Das Land spart dabei Millionen. Millionen die den Beschäftigten zustehen, denn sie machen die Arbeit der fehlenden Kolleginnen und Kollegen mit.

Schon seit Jahrzehnten trägt die Polizei in Baden-Württemberg die Last von tausenden unbesetzten Stellen. Und das wird auch noch eine ganze Zeit so bleiben. Die Übertragungen aus dem aktuellen Tarifergebnis sind in Wirklichkeit „Peanuts“ im Verhältnis der durch die unbesetzten Stellen eingesparten Mittel.

DPoIG-Landesvorsitzender Ralf Kusterer ist zugleich auch der oberste Personalrat für die mehr als 30.000 Beschäftigten in der Polizei. Er listet die gegenwärtige Situation der Polizeibeamten in Baden-Württemberg auf:

- Ein Polizeibeamter bekommt etwas mehr als 1,30 Euro Nachtzuschlag, am Wochenende etwas mehr als drei Euro.
- Die Beamten in der Polizei arbeiten 41 Stunden in der Woche - ohne Mehrarbeit und Zusatzdienste.
- Ein Schichtdienstbeamter erhält eine Zulage von knapp 51 Euro, im Monat wohlgermerkt.
- Ein Polizeiobermeister erhält ca. 14 Euro brutto für eine Stunde Mehrarbeit.

Fortsetzung auf nachfolgender Seite



Fortsetzung von vorheriger Seite

Der überwiegende Teil der Zulagen ist nicht ruhegehaltstfähig. Und dies obwohl die gesundheitlichen Belastungen und deren Auswirkungen sich auch im Ruhestand auswirken. Bayern hat seine Nachtzuschläge bereits auf fünf Euro hochkorrigiert. Auch das wäre ein gutes und richtiges Signal für die Polizei Baden-Württemberg.

Kusterer forderte nicht nur die Übernahme der 2% Gehaltszuwächse für 2017 und der 2,35% für 2018, sondern auch die für Tarifbeschäftigte ausgehandelte zusätzliche Stufe 6. Allerdings nicht wie im Tarifbereich für die oberen Entgeltgruppen, sondern für die unteren Besoldungsgruppen. Aus gutem Grund, denn bis zur Besoldungsgruppe A 10 (Polizeioberkommissar) gibt es eine Stufe weniger, als bei den höheren Besoldungsgruppen. Diese Stufe beträgt bei einem Polizeihauptkommissar etwa

90 Euro, bei einem Polizeidirektor sogar über 200 Euro. Viele Polizeikolleginnen und -kollegen müssen wegen fehlender Beförderungsmöglichkeiten ewig in niedrigen Beförderungsämtern verweilen. Viele gehen sogar in diesen Ämtern in Pension. Es ist mehr als gerecht, wenn auch die Dienstgrade unterhalb der Spitzenämter eine weitere Stufe erhalten. In der Beamtenbesoldung bis A 10 wäre das die Stufe 12. Also vom Polizeimeister, Polizeiobermeister über den Polizeihauptmeister bis hin zum Polizeikommissar und Polizeioberkommissar. Kusterer dazu: "Ich halte eine finanzielle Stufengröße in Höhe von 90 bis 100 Euro für angemessen. Durch eine zusätzliche Stufe bliebe die gegenwärtige Systematik der Besoldungspraxis insgesamt sogar unangetastet."

DPoIG-Chef Kusterer unterstrich im Februar seine Erwartungen an die Politik: "Wir haben unmittelbar nach der Landtagswahl und in den Koalitionsverhandlungen deutlich gemacht,

dass wir uns nicht mit einem Prozent abspesen lassen. Wir haben auch versprochen, dass wir im Wahljahr 2017 die Regierungsparteien in den Bundestagswahlkampf hinein begleiten werden, wenn wir keine gerechten Erhöhungen bekommen. Das gilt auch jetzt noch. Der Abschluss für die Tarifbeschäftigten in den Ländern liegt erneut unter dem Abschluss für die Bundesbeschäftigten. Wir geben wirklich alles. Und wir erwarten einen gerechten Lohn dafür, dass wir uns tagtäglich für unser Land und unsere Mitmenschen aufreiben."

Diese Beharrlichkeit zahlte sich aus. Mitte März entschied die Landesregierung dass der Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder wirkungsgleich, allerdings nicht zeitgleich, auf die Beamten und Pensionäre des Landes Baden-Württemberg übertragen wird. □

Weitere Informationen
Einigungspapier Tarifverhandlungen Potsdam 2017: <http://bit.ly/2mxtKkn>

Zulassungskontingente für das Studium Ausbildung zur Laufbahn des gehobenen Polizeivollzugsdienstes 2017.

Alle Beamtinnen und Beamten, die das Studium im Oktober 2017 aufnehmen werden, sind auf das jeweilige Kontingent einer Dienststelle/Einrichtung anzurechnen.

Die Zulassungskontingente der Dienststellen und Einrichtungen für das Studium zur Ausbildung für die Laufbahn des gehobenen Polizeivollzugsdienstes ab 1. Oktober 2017 (insgesamt 200 Studienplätze) sind wie aus nebenstehender Tabelle ersichtlich zugewiesen. Dies teilte das Innenministerium mit.

Diese Regelung gilt auch für die beruflich qualifizierten Beamtinnen und Beamten, die im Jahr 2016 oder in Vorjahren eine Zulassung unter Vorbehalt erhalten haben und im Jahr 2017 die Eignungsprüfung an der HfPoIBW erfolgreich absolvieren.

PP S	PP MA	PP HN	PP KA	PP LB	PP AA	PP OG	PP RT	PP UL
30	17	10	19	16	12	7	18	7
PP FR	PP TUT	PP KN	PP Einsatz	HfPoIBW	PTLS Pol	LKA	LIV	Gesamt
15	11	14	22	-	1	-	1	200

Zulassungskontingente der Dienststellen und Einrichtungen für das Studium zum gehobenen Polizeivollzugsdienstes 2017

Weiterhin sei die Aufstiegsplanung zum gehobenen Dienst primär auf einen einheitlichen Erfüllungsstand bei der Stellenbesetzung im gehobenen Dienst zum Ende des Studiums ausgerichtet.

Aufgrund ganz erheblicher Unterschiede bei der Bewerberlage einzelner Dienststellen habe das Innenministerium die Kontingente zudem auf möglichst vergleichbare Zulassungschancen bei den einzelnen Zulassungsbehörden austariert. Im Ergebnis bewegen sich die Zulassungschancen 2017 in Bezug auf

die Bewerberlage bei den regionalen Polizeipräsidien und beim Polizeipräsidium Einsatz zwischen 18,2 und 19,7 %.

Beim PTLs Pol und dem LfV seien aufgrund der Zuweisung von jeweils einer Zulassung die Zulassungschancen nicht vergleichbar. Beim LKA und bei der HfPoIBW sind laut der Information gar keine Bewerber vorhanden. □

Quelle: IM BW LPP

Übernahmevereinbarung getroffen

Tarifergebnis gilt auch für Beamte und Pensionäre, Anhebung Eingangsbesoldung und Einführen eines BW-Bonus

Der gesamte öffentliche Dienst darf sich freuen: Die Landesregierung hat mit dem BBW-Beamtenbund Tarifrufunion und dem Verein der Richter und Staatsanwälte in Baden-Württemberg e.V. am 17. März 2017 eine Vereinbarung zur Übertragung der Tarifergebnisse des öffentlichen Dienstes in den Jahren 2017 und 2018 auf die Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter sowie die Versorgungsempfängerinnen und -empfänger geschlossen.

Die Vereinbarung sieht im Wesentlichen vor:

- Das Tarifergebnis von 2 Prozent im Jahr 2017 und 2,35 Prozent in 2018 wird in voller Höhe übertragen. Dabei erhalten Beamtinnen und Beamte mit einer Besoldung von unter 3.750 Euro mindestens 75 Euro monatlich mehr.
- Zusätzlich gibt es ab 2018 einen strukturellen BW-Bonus von 0,325 Prozent, der die im Tarifbereich neu geschaffene Entgeltstufe abbildet.
- Es gibt in beiden Jahren nach den Besoldungsgruppen gestaffelte zeitliche Verschiebungen von 2 Monaten bis zur Besoldungsgruppe A 9, 4 Monaten für A 10 und A 11 sowie 5 Monaten ab der Besoldungsgruppe A 12.
- Die abgesenkte Eingangsbesoldung soll zum 1. Januar 2018 wieder vollständig angehoben werden. Sie gilt damit auch für die Beamtinnen und Beamten, die bereits im Landesdienst stehen.

Für den Landeshaushalt bedeutet das Ergebnis zusätzliche Ausgaben von insgesamt knapp 900 Millionen Euro - ohne eine zeitliche Verschiebung (aber damit auch ohne den BW-Bonus) und die Anhebung der

Eingangsbesoldung, wären es auch nur 1,1 Milliarden Euro gewesen.

Wir ziehen ein erstes Fazit:

Zwar werden die Stufen der Tarifanhebung von 2,0 und 2,35 Prozent, mit einer Verzögerung von bis zu fünf Monaten übertragen, aber immerhin wie vom Beamtenbund und der DPoIG gefordert: **inhaltsgleich**. Damit ist sichergestellt, dass die Besoldung und Versorgung mit der allgemeinen Lohnentwicklung Schritt hält.



Zog für uns ein erstes Fazit: Oliver Auras, stellvertretender DPoIG-Landesvorsitzender

Der Gewerkschaftsbund (DGB) und seine Mitgliedsgewerkschaften lehnen laut einer Sprecherin das Paket ab, weil es „zu weit von den Erwartungen der Mitglieder entfernt sei“... Okay, es ist zu bedauern, dass die Übernahme des Tarifergebnisses in den Jahren 2017 und 2018 erneut zeitlich verzögert erfolgt. Aber dem ursprünglichen Ziel, einer „zeit- und wirkungsgleichen“ Übertragung des Tarifergebnisses, ist man mit der vorliegenden Einigung schon sehr nahe gekommen. Denn immerhin wird das Tarifergebnis sowohl linear wie auch in seiner sozialen Komponente „1:1“ auf die Beamten übertragen.

Und: Der zusätzliche **BW-Bonus** ist eine strukturelle Leistung und stellt langfristig gesehen für die Beamtinnen, Beamten und Versorgungsempfänger im Land einen echten Mehrwert dar. Am Ende der Laufzeit

des Tarifvertrags werden damit sogar noch mehr als gefordert erreicht.

Die geforderte **Rücknahme der abgesenkten Eingangsbesoldung** wird bereits zum 1. Januar 2018 erreicht.

Ja! Vor diesem ganzen Hintergrund ist es zu vertreten, dass Baden-Württemberg die Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamten, Richter und Versorgungsempfänger zeitlich gestaffelt verschiebt. Los geht's bis A9 rückwirkend zum 1. März.

Mit der Besoldungsanpassung 2017/2018 setzt die Landesregierung auch ein **deutliches Zeichen zur Steigerung der Attraktivität des Beamtenolds und der Beamtenberufe** allgemein. Staatssekretär Martin Jäger, der für das Innenministerium am Verhandlungstisch saß, sieht in der Vereinbarung ein wichtiges Signal: „Im Wettbewerb um die besten Köpfe muss das Land attraktiv sein. Wir brauchen qualifizierte und motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter“, so Jäger. Dem gibt es aus DPoIG-Sicht nichts hinzuzufügen. □

Schon gewusst?

Die Deutsche Polizeigewerkschaft ist mit 16.000 die mitgliederstärkste Polizeigewerkschaft in Baden-Württemberg.

Bei den Wahlen zu den Personalvertretungen der Polizei hat sie mit 100.000 Stimmen Vorsprung (175.000 insgesamt) im Hauptpersonalrat der Polizei eine 2/3-Mehrheit erreicht.

Die DPoIG stellt mit wenigen Ausnahmen in den meisten Personalvertretungen der Polizei die Mehrheit.



DPoIG

„FIT FOR TEST“

„Zulassung zum gehobenen Dienst“



Das Zulassungsverfahren

Ralf Kusterer, Landesvorsitzender

Der Zulassungstest Möglichkeiten der Vorbereitung

Jürgen Engel, Stellv. Landesvorsitzender



Veranstaltungen 2017:

Anmeldung erforderlich:

01.03.17, 17.00 h, PP Einsatz, Göppingen, Kantine

CLOSED

juergen.engel@dpolg-bw.de

02.03.17, 17.00 h, PP Einsatz, Bruchsal, Aula

CLOSED

rolf.schlindwein@polizei.bwl.de

06.03.17, 17.00 h, Bereich Stuttgart, DPoIG Geschäftsstelle
Kernerstraße 5, 70182 Stuttgart

CLOSED

juergen.engel@dpolg-bw.de

07.03.17, 15.00 h, PP Offenburg, Verkehrskommissariat
Polizeirevier Lahr, Friedrichstraße 17

CLOSED

andreas.bix@dpolg-bw.de

09.03.17, 16.00 h, PP Aalen, KPDir, gr. Lehrsaal
Alter Postplatz 20, 71332 Waiblingen

CLOSED

markus.kaumeyer@polizei.bwl.de

14.03.17, 17.00 h, PP Ludwigsburg, VPDDir
Pfaffenwaldring 1, 70569 Stuttgart

CLOSED

thilo.marien@polizei.bwl.de

21.03.17, 17.00 h, PP Freiburg, KPDir FR, Cafeteria
Heinrich-von-Stephan-Str. 4, 79100 FR

claudia.schuler@polizei.bwl.de

22.03.17, 17.00 h, PP Heilbronn, großer Lehrsaal
Karlstr. 108-112, 74076 Heilbronn

uwe.ullrich@polizei.bwl.de

23.03.17, 17.00 h, PP Konstanz, Friedrichsaal
Benediktinerplatz 3, 78467 Konstanz

andreas.herzog@dpolg-bw.de

27.03.17, 17.00 h, PP Tuttlingen, Polizeirevier VS, 4. OG
Waldstraße 10/1, 78048 VS-Villingen

juergen.vogler@dpolg-bw.de

30.03.17, 17.30 h, PP Reutlingen, Prev Metzingen
Ulmer Str. 96, 72555 Metzingen

alfred.seiter@polizei.bwl.de
safiye.leone@polizei.bwl.de

Im März finden noch wenige Termine statt. Nutzt das Angebot und meldet Euch an!

Zum Schluss: Redensarten Was sie bedeuten und woher sie stammen

Redewendungen werden im Alltag viel verwendet. Sie beschreiben auf prägnante Art und Weise eine bestimmte Situation oder einen Sachverhalt. Leicht gehen sie uns von den Lippen und ohne jede Erklärungen weiß jeder sofort, was damit gemeint ist. Und das, obwohl die aneinandergereihten Worte häufig gar keinen Sinn ergeben. Entstanden sind sie aus früheren Bräuchen, die heute längst in Vergessenheit geraten sind. Hier einige Beispiele.

❑ Jemanden zur Minna machen

Jemanden unverhältnismäßig streng zurechtweisen und erniedrigend behandeln.

Der Frauenname "Minna" fand zu Zeiten der deutschen Kaiser Wilhelm I. und II. gerne als Kurzform von Wilhelmine Verwendung. Benutzt wurde er aber hauptsächlich in Arbeitsverhältnissen bessergestellter Herrschaften und deren Hauspersonal. Egal welchen Vornamen die Dienstmädchen hatten, sie wurden einfach „Minna“ genannt. Der Name war schließlich so weit verbreitet, dass er mit dem Berufsbild gleichbedeutend war. Dies zeigt deutlich, welches Verhältnis zwischen Herrin und Magd herrschte. Geringe Wertschätzung, schlechte Arbeitsbedingungen, wenig Anerkennung und grundloses Schelten waren an der Tagesordnung. Wer also zur "Minna" gemacht wird, hat alles andere als Gutes zu erwarten.

❑ Sich etwas durch die Lappen gehen lassen

Etwas ganz knapp verpassen.

Früher diente die Jagd dazu, sich mit tierischer Nahrung zu versorgen. Später wurde sie als Wettkampf betrieben. Das Wild wurde aufgespürt, ausgetrickst und in großer Zahl erlegt. Um einen möglichst ruhmvollen

Jagderfolg zu erzielen, entstand die Strategie, dem aufgescheuchten Wild durch nebeneinander aufgehängte Stofflappen den Fluchtweg abzusperren. Auf diese Weise wurde es direkt den lauernden Schützen in die Arme getrieben. Gelang es einem Tier dennoch durch die Stoffbarrieren zu entfliehen, ging es den Jägern regelrecht durch die Lappen. Glück für das Wild, denn jenseits der Lappen herrschte Schießverbot.



Auch aus dem 17. Jahrhundert: Schandkorb im Kriminalmuseum in Rothenburg ob der Tauber (Bild: Pixabay)

❑ Sich auf dem Holzweg befinden

Falsch liegen, sich irren.

Im Mittelalter wurden gefällte Bäume mit dem Pferdefuhrwerk aus dem Wald gezogen. Zum Abtransport der schweren Stämme schlug man breite Schneisen ins Unterholz. Der sogenannte Holzweg diente zur reinen Holzabfuhr und endete oft mitten im Dickicht. Wer sich also auf einem solchen befindet, liegt falsch, muss noch einmal zurückgehen und sich neu orientieren.

❑ Jemanden einen Korb geben

Jemanden abweisen oder abblitzen lassen.

Manches Mal wird diese Redensart in historischen Erzählungen oder Märchen auch bildhaft dargestellt. Stolze

Damen zogen ihre heimlichen Liebhaber in einem herabgelassenen Korb nach oben in ihr Gemach. Hatten sie genug von den Gespielen oder kam der Verehrer ungelegen, ließen sie einen Korb mit lockerem Boden herab, der dann unter dem Gewicht des Zurückgewiesenen ausbrach. Nicht weniger hinterlistig war die Variante, den verprellten Liebhaber auf halber Höhe hängen zu lassen, der so gleich noch zum öffentlichen Gespött wurde.

❑ Ins Fettnäpfchen treten

Sich ungeschickt verhalten, eine unpassende Bemerkung machen.

Diese Redensart stammt aus Zeiten, als es schwierig war, Lebensmittel auf Dauer haltbar zu machen. Fleisch und Wurst wurden über dem Herd oder Kamin geräuchert und das dabei austretende Fett in Gefäßen aufgefangen. Das versehentliche Treten in einen auf dem Boden stehenden Fettnapf stieß auf wenig Begeisterung. Schließlich war nicht nur das wertvolle Fett futsch, sondern auch unschöne Fußabdrücke verteilten sich im ganzen Haus. Und das war nicht nur unpassend, sondern auch ganz schön peinlich.

❑ Jemanden ein X für ein U vormachen

Jemanden reinlegen oder betrügen.

Wir gehen zurück ins 17. Jahrhundert, als hierzulande noch in römischen Ziffern gerechnet wurde. X stand für die Zahl Zehn, V für Fünf. Gewiepte Geschäftsleute konnten durch einfaches Verlängern der Linien aus einem V ein X machen. So wurde die Summe eines Schuldscheines schnell verdoppelt oder die Zeche durch den Gastwirt trickreich erhöht. Da im lateinischen Alphabet der heutige Buchstabe ebenfalls als V geschrieben wurde, sagen wir „ein X für ein U vormachen“.

Quelle: Traufblick